

Antrag (Neufassung)

der Fraktion von SPD/ BÜNDNIS 90 - DIE GRÜNEN, DIE LINKE

Schwerin, kein Ort für Neonazis

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Stadtvertretung der LHSN schliesst sich der Kampagne „Kein Ort für Neonazis“ der Amadeu-Antonio-Stiftung an.

Begründung:

Die Amadeu-Antonio-Stiftung ist eine bundesweit tätige Stiftung und arbeitet gegen Rassismus und Rechtsradikalismus. Die Stiftung unterstützt und berät Gemeinden, Verbände sowie demokratische Parteien bei der Umsetzung entsprechender Projekte.

Eine Vielzahl von Gemeinden in MV hat sich dieser Kampagne bereits angeschlossen. Die Stadtvertretung setzt ein öffentliches Zeichen das Schwerin kein Ort für Neonazis ist.

Die Kampagne besteht darin, öffentlich wahrnehmbar durch Schilder und andere geeignete Aufklärungsmittel deutlich sichtbar zu zeigen, dass Schwerin kein Ort für Neonazis ist.

Durch die Teilnahme können Schweriner Bürgerinnen und Bürger sichtbare Zeichen in Form von Schildern, Flyern und Aufklebern setzen.

Als Demokraten könnten wir bei Sondernutzungen von Verkehrsflächen und Demos der rechten Gruppen einfach und unkompliziert durch Schilder ein deutliches Zeichen gegen Neonazis setzen. Das scheint insbesondere wichtig, da die Mobilisierung von Gegendemonstranten kurzfristig schwierig ist. Gewerbetreibende haben die Möglichkeit sich offen zu bekennen, dass Ihr Geschäft kein Ort für Neonazis ist.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung verlangt keine Gebühren oder sonstige Kosten.

Einzig die Herstellkosten der Materialien sind zu tragen. Es besteht die Möglichkeit, die Kosten der Materialien vollständig durch einen Projektantrag bei der Landeszentrale für politische Bildung in Deckung zu bekommen. Gegebenenfalls sind Drittmittel über Spenden einzuwerben. Hierfür trägt der Antragsteller die Verantwortung.

Die Antragsteller, die Jugendverbände von SPD, Der Linken und den Grünen sind bereit, die Materialien kostenfrei zu verteilen.

So entstehen keine Haushaltsbelastungen für die LHSN. Es bedarf lediglich der Zustimmung zur Kooperation bei Genehmigung zur der Anbringung von Schildern im öffentlichen Raum.

Daniel Meslien SPD/Bündnis 90/Die Grünen

G.Böttger Fraktion DIE LINKE